

Bremerhaven, 23.11.2015

Antrag - Nr. StVV - AT 137/2015 (§ 34 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03.12.2015		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

Einsparungen im städtischen Haushalt endlich angehen (GRÜNE, Piraten)

Bremerhaven droht den zwingend einzuhaltenden Sanierungspfad zu verlassen. Die koalitionären Bemühungen zur Stabilisierung der Stadtfinanzen sind nicht ausreichend, um die Zukunft der Stadt zu sichern. Zu Recht pocht Bremerhaven auf die finanzielle Unterstützung des Landes, um einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Diese Hilfe kann aber nur dann erwartet werden, wenn Bremerhaven neben der Ausweitung von Einnahmen auch die zu hohen kommunalen Verwaltungsausgaben dauerhaft absenkt. Welche Konsequenzen es hat, wenn der Magistrat sich weiterhin weigert, ernsthaft entsprechende Einsparungen anzugehen, hat sich zuletzt in der Debatte um die Hoheit über Polizei und Schule in der Seestadt gezeigt. In dieser Auseinandersetzung ging es der Landesregierung in Bremen primär um zu hohe Ausgaben der Bremerhavener Verwaltung. Die ganze Debatte war im Kern ein finanzpolitischer Streit. Ohne echte Sanierungsvorschläge aus Bremerhaven ist es nur eine Frage der Zeit, bis unsere Polizei und unsere Schulen wieder ins Visier der Bremer Fiskalpolitik geraten. Wer also weitere Diskussionen um Landespolizei und LandeslehrerInnen in Bremerhaven verhindern will, muss tragbare Vorschläge für nachhaltige Einsparungen bei den kommunalen Verwaltungskosten der Seestadt vorgelegen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge aus diesem Grund beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. im Rahmen der Arbeitsgruppe zur „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“ ernsthafte Verhandlungen darüber zu führen, welche Einsparmöglichkeiten durch die Beseitigung von Doppelstrukturen in der kommunalen Verwaltung realisierbar sind, und die Stadtverordnetenversammlungen über Stand und Ergebnisse dieser Verhandlungen regelmäßig zu informieren.
2. bis zum 01.03.2016 eine Liste effektiver und nachhaltiger Einsparvorschläge, getrennt nach den jeweiligen Dezernaten, der Stadtverordnetenversammlung als Haushaltsgesetzgeber vorzulegen. Die Vorschläge sollen jeweils auch die Auswirkungen der Einsparungen beschreiben.

3. das Angebot der Landesregierung zur Zusammenarbeit der Steuerverwaltungen in Bremerhaven und Bremen aufzugreifen und in Verhandlungen mit der Landesregierung einzutreten.
4. der Stadtverordnetenversammlung bis zum 01.03.2016 schriftlich Vorschläge zur Anpassung von Ausstattungs- und Leistungsstandards an ein landeseinheitliches Niveau in der Kernverwaltung vorzulegen.
5. der Stadtverordnetenversammlung bis zum 01.03.2016 schriftlich Vorschläge zur nachhaltigen Reduzierung der Personalkosten zu machen. Entlassungen von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind hierbei ausgeschlossen. Die Vorschläge sollen die Erkenntnisse der in der „Sanierungsvereinbarung zwischen dem Land Bremen und den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven“ beschlossenen gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Senat und Magistrat zur Begleitung und Steuerung des Konsolidierungsprozesses berücksichtigen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Gez.
Claudius Kaminiarz und Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gez.
Alexander Niedermeier
PIRATENPARTEI